

# Information

## Einheit der Kirche durch neue Erfahrungen der Christen

Nach der langen Zeit der Trennung seien die katholische und die orthodoxen Kirchen heute auf Grund der neuen Erfahrungen des Lebens aufgerufen, den Weg zu einer vollkommenen Einheit zu gehen, die in der Konzelebration und in der Kommunion des gemeinsamen Heiligen Kelches besteht, erklärte der Patriarch von Konstantinopel, Athenagoras I., in seinem Antwortschreiben an Papst Paul VI. – In einem Interview erklärte Athenagoras, daß für einen Kirchenführer nichts wichtiger sei als zu lernen, auf die geheimnisvolle Stimme des Volkes zu hören, denn es sei das Volk, geeint im Glauben und in der Liebe, das die Wahrheit bewahre.

## Gemeinsame Abendmahlsfeier

Die Arbeiten am Text einer gemeinsamen Abendmahlsfeier für evangelische und katholische Christen stehen in Württemberg kurz vor dem Abschluß. Dies gab Prälat Alfred Weitmann, Rottenburg, Anfang Juli 1971 vor der württembergischen Landessynode bekannt. Nach Weitmanns Worten haben zwei zwischenkirchliche Kommissionen, bestehend aus Mitgliedern der Kirchenleitungen in Stuttgart und Rottenburg, Theologen und Experten beider Kirchen wie auch aus jeweils zwei Ehepaaren der „Arbeitskreise Mischehe“ in Württemberg, die sich seit Anfang 1970 mit Fragen von Mischehe und Gottesdienst befassen, das ökumenische Klima im Lande erheblich verbessert.

## Ökumenische Ausrichtung der action 365 bleibt

Der Zentralausschuß der „action 365“ verteidigte die von ihrem Gründer, P. Johannes Leppich, als extrem mißbilligte ökumenische Prägung der action 365, deren Hauptaufgabe es sei, Modelle christlichen Zusammenlebens zu entwickeln, welche den Erfordernissen unserer Zeit gerecht werden. Die evangelischen und römisch-katholischen Christen in der

action 365 wollen ihre Arbeit in Loyalität zu den Kirchen, denen sie angehören, und in Loyalität zu den Menschen, denen sie sich verpflichtet fühlen, wie bisher fortführen.

## Zur Befreiung des Menschen

Der brasilianische Erzbischof Helder Camara erklärte in einer Ansprache anlässlich der 50-Jahr-Feier der Internationalen Organisation „Pax Romana“ im Juli 1971, daß auf einer Landkarte der Freiheit heute in der Welt noch sehr viele dunkle Flecken zu sehen wären. Die Menschen in den Ländern der Dritten Welt schmachten unter Neokolonialismus. Der Begriff Freiheit habe für sie keinen konkreten Inhalt. In den entwickelten Ländern werde die Freiheit teils durch Diktatur rechter oder linker Provenienz unterdrückt, teils sei sie in den Demokratien in Wirklichkeit oft nur eine Pseudo-Freiheit. Auch in den sogenannten freien und reichen Ländern gebe es Unterdrückte: Opfer der Konsumgesellschaft, Opfer manipulierter Information, Opfer von Überzeugungsmechanismen, Opfer des Kapitals. Selbst die Presse, die Universitäten und die Religion, die oft als Hort der Freiheit gepriesen würden, seien immer wieder mit den Grenzen dieser Freiheit konfrontiert. Die befreiende Erziehung stoße dort, wo sie am nötigsten sei, auf die größten Schwierigkeiten. Eine Erziehung, die den Massen die Augen öffne und eine Solidarität der Unterdrückten entstehen lasse, stoße auf den, häufig auch aus dem Ausland unterstützten, Widerstand der Privilegierten, die diese Erziehung als Subversion, Agitation, Progressismus und Kommunistenhörigkeit diffamieren.

## Kritik Kardinal Maurers am Reichtum der Kirche

Den Reichtum der katholischen Kirche hat der Präsident der bolivianischen Bischofskonferenz, Kardinal Jose Clemente Maurer, scharf verurteilt. Gleichzeitig forderte Maurer die Kirche auf, sich mit Herz, Seele und konkreten Taten den Armen zu verschreiben. In einem im Juli in La Paz veröffentlichten Schreiben an alle Bischöfe und Priester in Bolivien heißt es, der Zeitpunkt für die Kirche

sei gekommen, sich von tatsächlich vorhandenen, unleugbaren Reichtümern zu trennen, die sie in Jahrhunderten gesammelt hat; Reichtümer, die weder der Kirche noch dem Kirchenvolk nützen. In einem Kapitel des Dokuments „Was in Medellin unausgesprochen blieb“ betont Maurer, die historische Anhäufung der kirchlichen Besitztümer sei vielleicht keine Sünde gewesen, aber man müsse sich in der heutigen, von Hunger und Elend bedrohten Welt fragen, ob diese Reichtümer ohne Sünde behalten werden dürfen.

#### Solidarische Mitarbeit am Aufbau des Sozialismus

In einer am 16. April 1971 veröffentlichten Deklaration über die Teilnahme der Christen am Aufbau des Sozialismus in Chile hat eine Gruppe von 80 chilenischen Priestern, die inmitten der Arbeiterklasse leben, zur gegenwärtigen Entwicklung Chiles Stellung genommen. Diese Analyse stellt fest, daß sich die Arbeiterklasse noch immer im Zustand der Ausbeutung befinde, was für sie Unterernährung, Fehlen von Wohnraum, Arbeitslosigkeit und fast völligen Ausschluß von den kulturellen Gütern bedeute. Für diese Situation gebe es eine klare und genau bestimmbare Ursache: es sei das System des Kapitalismus, errichtet durch die Macht des ausländischen Imperialismus und aufrechterhalten durch die herrschenden Klassen des eigenen Landes. Dieses System erniedrige den Arbeiter zu einem bloßen Instrument des Produktionsprozesses und sei Ursache sowohl für die oft sinnlose Verwendung der wirtschaftlichen Reserven als auch für die ungerechte Transferierung der Gewinne ins Ausland. Diese Situation könne nicht länger hingenommen werden. Die Priester stellen dann fest, daß durch die Machtergreifung der jetzigen Regierung und durch ihre entschiedenen Aktionen zugunsten des Aufbaus des Sozialismus in den Massen der arbeitenden Bevölkerung eine große Hoffnung aufgebrochen ist. „Diesem jetzt stattfindenden Prozeß fühlen wir uns verpflichtet, und wir wollen zu seinem Erfolg beitragen. Der tiefste Grund dieser Verpflichtung kommt aus unserem Glauben an Jesus Christus, ein Glaube, der sich je nach den historischen Gegebenheiten vertieft, er-

neuert und konkrete Gestalt annimmt. Christ sein heißt solidarisch sein. Solidarisch sein aber heißt in dieser Stunde der Geschichte Chiles: teilnehmen an den historischen Umwälzungen, die sich dieses Volk vorgezeichnet hat.“

#### Gläubige Kommunisten in Katholischer Arbeiterbewegung

Mit der Frage einer Teilnahme von Christen an „sozialistischen Bewegungen“ innerhalb der Arbeiterschaft befaßte sich eine in Issy-les-Moulineaux abgehaltene Konferenz der Katholischen Arbeiterbewegung Frankreichs, an der neben 800 Delegierten, darunter zahlreiche Mitglieder und Funktionäre von Gewerkschaften, auch 15 Bischöfe teilnahmen. Zu der zur Debatte stehenden Problematik stellte der Erzbischof von Bordeaux, Mazier, fest, es sei Aufgabe der Kirche, für alles hellhörig zu sein, was an einem sozialistischen Konzept gut und wahr sei, es zu prüfen und es im Lichte des Evangeliums zu sieben.

Der Generalsekretär der Katholischen Arbeiterbewegung Frankreichs, Henri le Buan, sagte, ein atheistischer Marxismus und das Christentum seien zwar in ideologischer Hinsicht unvereinbar, die Katholische Arbeiterbewegung Frankreichs jedoch weise ihre kommunistisch-marxistischen Kameraden, die ihren Glauben trotzdem innerhalb der kommunistischen Partei aktiv leben, nicht zurück. Die Kirche sei eine Heilsgemeinschaft aller, und es sei nicht Aufgabe der Katholischen Arbeiterbewegung, hier Einschränkungen und Verbote auszusprechen.

#### Christentum und Apartheid

Aus Anlaß des 10. Jahrestages der Unabhängigkeit der Südafrikanischen Republik wandte sich der Erzbischof von Bloemfontein, Joseph Fitzgerald, in einem Hirtenbrief gegen die Apartheidpolitik und nannte die von der Regierung angeführten Gründe für das Festhalten an einem System der Rassendiskriminierung völlig ungerechtfertigt. Statt die beiden Rassen zueinanderzuführen, verhärtete die Regierung noch die bestehenden Spannungen. Der Erzbischof von Durban, Denis Hurley, erklärte, daß die große Mehrheit der weißen

Christen bisher Apartheid und christlichen Glauben miteinander ohne Gewissensbisse zu vereinen gewußt habe. Aber einige von ihnen hätten nun eingesehen, daß zwischen Christentum und Apartheid ein diametraler Gegensatz bestehe. Die Haltung dieser wenigen werde die Masse der anderen Christen zwingen, Farbe zu bekennen und einen eigenen Standpunkt einzunehmen.

Protest gegen Todesstrafe für türkische Studenten

Zu einem internationalen Protest, um die Ermordung jener jungen Menschen in Ankara, die für die Demokratie und nicht gegen sie gekämpft haben, zu verhindern, hat der Berliner Theologieprofessor Helmut Gollwitzer aufgerufen und sich gleichzeitig gegen die von einem Militär-Sondergericht gegen 21 türkische Studenten beantragte Todesstrafe gewandt. Die Studenten, von denen die meisten unter 25 Jahren sind, werden beschuldigt, an der Entführung von vier amerikanischen Soldaten beteiligt gewesen zu sein. Die Soldaten waren seinerzeit unverletzt wieder freigelassen worden. Zu dem Vorwurf, die Studenten hätten den Umsturz des Staates und die Beseitigung der demokratischen Verfassung der Türkei geplant, erklärte Gollwitzer, daß in Wahrheit die gegenwärtigen türkischen Machthaber den Umsturz vollzogen haben, dessen sie jene Studenten anklagen. Die jetzige Regierung gebe rund 5000 politische Gefangene zu, in Wirklichkeit dürften es jedoch viel mehr sein. Die geistige Elite des türkischen Volkes sei eingekerkert.

Rücktritt eines Bischofs wegen der Politik der USA-Hierarchie

Der 53jährige Bischof von Rhode Island, Bernard M. Kelly, stellte im Juli 1971 sein Amt zur Verfügung. Er erklärte, schuld daran sei die Frustration über die vorherrschende Stellungnahme und Politik der katholischen Hierarchie in den Vereinigten Staaten, die er unfähig sei zu begreifen und sich ihr anzupassen. Kelly hatte in den letzten Jahren vor allem durch kritische Stellungnahmen zum Vietnamkrieg und zu sozialen Problemen bereits einiges Aufsehen erregt. Er erklärte, ein

Bischof habe die Verantwortung, mit seinem Beispiel voranzugehen, noch viel mehr als ein Priester. Auf der amerikanischen Bischofskonferenz in Detroit im April dieses Jahres wollte er ein Beispiel geben. Seine radikale Resolution gegen den Vietnamkrieg wurde aber nicht einmal zur Diskussion freigegeben.

„Tadel“ an Bischöfen

In einer Kirche im Westen Chicagos versammelten sich im Juli dieses Jahres die Mitglieder der „Association of Chicago Priests“ und stimmten mit 144 zu 126 dafür, Kardinal John Cody und seine sechs Weihbischöfe zu „tadeln“. Nach Auffassung der amerikanischen Zeitschrift „Newsweek“ sei die Mehrheit für diesen Beschluß zustande gekommen, weil die amerikanischen Bischöfe vier als konservativ bekannte Prälaten als Repräsentanten der katholischen Kirche der USA nach Rom zur Bischofssynode schicken wollten, zu einer Synode, auf der unter anderem über das heiße Eisen des Zölibats diskutiert werde.

Entlassung der Redaktion von „Il Regno“

Für den „Tod“ der fortschrittlichen Zeitschrift „Il Regno“ macht die am 27. Juni 1971 entlassene Redaktion das Vatikanische Staatssekretariat, die Italienische Bischofskonferenz, das Erzbischöfliche Ordinariat und die Leitung des Dehanoniani-Verlages verantwortlich. Der Fall Regno müsse im Rahmen der umfassenderen „Normalisierung“ gesehen werden, die seit einiger Zeit in der Kirche im Gange sei. Die Hauptdivergenzen seien weniger diese oder jene Ideen gewesen, als vielmehr die Tatsache, daß „Il Regno“ eine freie Stimme war: „fehlbar, ungenau und etwas rauh, aber frei.“ – Inzwischen haben über 400 katholische Laien an die italienische Bischofskonferenz appelliert, sich für die Wiederaufnahme der Regno-Redaktion einzusetzen.

Ex-Priester zum Dekan einer Katholisch-Theologischen Fakultät gewählt

Entgegen dem vatikanischen Verbot, laiierte Priester mit theologischen Lehraufgaben zu betrauen, ist an der Creighton-Universität im

amerikanischen Bundesstaat Nebraska ein Ex-Priester zum Dekan der Katholisch-Theologischen Fakultät berufen worden. Der 38-jährige Michael Lawler, der früher dem Missionsorden der Spiritaner angehört hatte, wurde für ein Jahr in dieses Amt an der Jesuitenuniversität gewählt. Der Erzbischof von Omaha, Daniel E. Sheehan, nannte die Wahl Lawlers einen Akt des Ungehorsams gegenüber den vatikanischen Bestimmungen. John Ginsterblum, ein Professor der Theologischen Fakultät an der Universität Creighton, begründete die Wahl des laiierten Priesters zum Dekan damit, daß Lawler der fähigste unter den möglichen Kandidaten sei.

Priesterprofessoren können immer häufiger auch nach ihrer Heirat weiter an ihren katholischen Universitäten als Professoren wirken. So behielt Ex-Priester Robert Johann seine Stelle an der Jesuitenuniversität Fordham in New York und Daniel Maguire an der Catholic University of America in Washington. Organisationen wie Bearings for Re-Establishment (in New York und Los Angeles), Carser Programming Institute (Washington) und Next Step (San Francisco) helfen ausgetretenen und austretenden Priestern psychologisch und wirtschaftlich weiter.

#### Religionsunterricht und Grundrechte des einzelnen

Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland hat der Kultusministerkonferenz der Länder eine Stellungnahme zu verfassungsrechtlichen Fragen des Religionsunterrichts zugeleitet. Das Papier wurde von einer Kommission erarbeitet, der neben Staatsrechtlern und Kirchenjuristen auch Pädagogen und Theologen angehören. Es soll klären, inwieweit der Religionsunterricht sich im Rahmen der geltenden Gesetzgebung in ein neues Grundkonzept des Bildungswesens einfügen kann. In dem Gutachten wird festgestellt, die institutionelle Sicherung des Religionsunterrichts durch das Grundgesetz sei kein Privileg der Kirchen, sondern diene der Sicherung der Grundrechte des einzelnen. Die Autoren kommen zu der Auffassung, daß der Religionsunterricht zwar im Rahmen des Gesamtlehrangebots der Schule angesiedelt sein müsse, warnen jedoch vor seiner Aufnahme

als eigenes zusätzliches Aufgabenfeld, da hierdurch die Gefahr einer Isolierung entstehen könnte. Inhaltlich müsse sich der Religionsunterricht „mit den verschiedenen geschichtlichen Formen des christlichen Glaubens“ befassen und sich auch mit den nicht-christlichen Religionen auseinandersetzen. Dem Schüler müsse es jederzeit möglich sein, sich ohne Begründung schriftlich vom Religionsunterricht abzumelden. In der Stellungnahme wird davor gewarnt, das Abmeldeverfahren zu erschweren.

## Berichte

### Eine empirische Untersuchung zur Ehe- und Familienpastoral in der Schweiz

Im Jahre 1969 wurde dem Institut für Ehe- und Familienwissenschaft in Zürich vom Seelsorgerat der Diözese Chur der Auftrag erteilt, eine Umfrage durchzuführen über die „Situation und Bedürfnisse der Ehe- und Familienpastoral“. Aus dem Ende 1970 abgeschlossenen Bericht sollen hier einige Informationen wiedergegeben werden, welche besonders die Spannung aufzeigen, in welcher sich die Pastoral angesichts von Lehre und Recht einerseits und der Einstellung und Praxis von Geistlichen und Ehepaaren andererseits befindet.

#### *Übersicht über die Umfrage*

Um die Ergebnisse richtig einordnen zu können, ist zunächst die Umfrage als ganze zu skizzieren. Sie gliedert sich in drei Teile. Der statistische betraf Erhebungen bei allen Pfarreien der Diözese Chur, sowie bei allen Ordinariaten und selbständigen Generalvikariaten der ganzen Schweiz. Er umfaßt Angaben über Zahl der bestehenden Ehen in den einzelnen Pfarreien am 31. 12. 1968, über bekenntnisverschiedene Ehen, Verhältnis von kirchlicher und ziviler Trauung, Zahlen von geschiedenen und nichtwiederverheirateten sowie wiederverheirateten Katholiken. Von den insgesamt 337 Pfarreien antworteten 184 oder 56,4 Prozent. Die Ergeb-